

## Gesundheit: Notstand bei Kindertherapie

30.01.2014 | 18:32 | von Mirjam Marits und Thomas Prior (Die Presse)

**Bis zu eineinhalb Jahre warten Kinder in Österreich auf einen Therapieplatz, der für viele Familien ohnehin unleistbar ist. Verbesserungen gibt es zwar, sie passieren aber viel zu langsam.**

Wien. Die Zahlen lesen sich alarmierend: 60.000 bis 80.000 Kinder und Jugendliche warten derzeit in Österreich auf eine notwendige Therapie. Und das ziemlich lange: Bis zu eineinhalb Jahre beträgt die Wartezeit auf einen Psycho-, Physio- oder logopädischen Therapieplatz. In vielen therapeutischen Zentren herrscht sogar ein Aufnahmestopp.

Eine Situation, auf die die Österreichische Kinderliga in ihrem fünften Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit aufmerksam macht. „Bei akuten Erkrankungen sind Kinder gut versorgt“, sagt Kinderliga-Präsident Klaus Vavrik. „Aber wenn es um chronische Krankheiten und Entwicklungsstörungen geht, ist die Lage immer noch sehr schlecht.“ Besonders problematisch sei die lange Wartezeit. „Für ein Kind ist das fatal“, sagt Maria-Anna Pleischl, Präsidentin des Bundesverbands für Psychotherapie (ÖBVP). Es käme zu Entwicklungsrückständen, „und oft ist der richtige Zeitpunkt für den Beginn einer Therapie vorbei“. Die Nachfrage wird dabei – mit Ausnahme Vorarlbergs – nicht ansatzweise gedeckt. Zwar seien heute nicht mehr Kinder krank als früher, sie leiden aber immer öfter an Lebensstilerkrankungen (Ernährungs-, psychosozialen Störungen etc.). „Es gibt heute einen anderen Behandlungsbedarf“, so Vavrik. „Und das Gesundheitssystem hinkt hinterher.“ Wie viele Therapieplätze es gibt, ist statistisch nicht erfasst. Nach Schätzungen des ÖBVP sind aber etwa 10.000 Kinder österreichweit in psychotherapeutischer Behandlung.

Zudem sind Therapieplätze, die zur Gänze von den Krankenkassen getragen werden, rar – auch wenn sie zuletzt ausgebaut wurden. Wien etwa plant heuer weitere 700 Plätze für Kinder (von Ergo- bis Psychotherapie), die Kosten teilen sich Stadt und WGKK. Viele andere Therapieangebote müssen privat gezahlt werden, was für manche Familien unleistbar ist. Und selbst wenn die Kassa einen Teil der Kosten übernimmt, bleibt oft ein (zu) hoher Selbstbehalt: In der Psychotherapie etwa übernimmt die Kassa pro Stunde (die bis zu 100 Euro kosten kann) nur 21,80 Euro. Wobei überhaupt nur 2200 (von 7800) Psychotherapeuten einen Kassenvertrag haben.

Wieso die Problematik lange ignoriert und nun nur zögerlich angegangen wird (während etwa in Deutschland der Selbstbehalt für Kinder längst gestrichen wurde), mag viele Gründe haben: „Kinder haben schlicht keine Stimme“, sagt Vavrik. Das Kinderwohl dürfte im Zuständigkeitsdschungel (Bund, Länder, Kassen) irgendwo verloren gegangen sein. Wahrscheinlich ist es einfacher, griffigere Maßnahmen – wie die geplante „Gratiszahnspange für alle“ – als kostenintensive Therapieplätze einzuführen. Deren Erfolge lassen sich auch nicht so einfach statistisch aufbereiten und als Erfolg verkaufen.

Dabei wäre eine Hilfe in jungen Jahren auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen sinnvoll: Aus nicht oder zu spät therapierten Kindern werden nicht selten chronisch kranke, nicht voll arbeitsfähige Erwachsene, die das System jahrzehntelang belasten. Mindestens 400.000 Euro könnte Berechnungen zufolge die Volkswirtschaft pro Patient sparen, der in frühen Jahren behandelt wurde.

### Ministerium: Probleme sind bekannt

Im Büro von Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) will man die Defizite in der Kinder- und Jugendmedizin gar nicht leugnen. 2011 habe das Ministerium daher mit 180 Experten eine Kindergesundheitsstrategie erarbeitet, die laufend adaptiert werde und auch Eingang ins Regierungsprogramm gefunden habe. Außer Streit steht, dass es mehr Therapieplätze braucht. Das Konzept ist allerdings noch nicht fertig – spätestens 2015 solle es so weit sein. Wieso das nicht schneller gehe? Weil Stöger zunächst eine faktenbasierte Grundlage für weitere Schritte brauche. Die

Kindermedizin, insbesondere die Kinderpsychiatrie, habe kaum eine Rolle gespielt, als er das Ministerium 2008 übernommen habe.

© DiePresse.com